

Hinweis zum Schutz Ihrer persönlichen Daten – Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO

Das Inkrafttreten der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) nehmen wir zum Anlass, Sie über unseren Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte zu informieren.

Zu diesem Zweck haben wir nachstehende Informationen für Sie zusammengestellt:

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Kanzlei Fischer & Partner GbR
Flößbaustraße 22a

90763 Fürth

datenschutz@kanzlei-fipa.de

0911-740940

Wir haben für unsere Kanzlei einen Datenschutzbeauftragten bestellt:

Herr Thomas Brunner, Brunner & Kollegen Datenschutz GmbH

datenschutz@kanzlei-fipa.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu), sowie weitere branchenbezogener Gesetze. Ihre Daten werden zu unterschiedlichen Zwecken verarbeitet und beinhalten je nach Geschäftsbeziehungen verschiedenste Daten

Mandanten:

Um die Beauftragung entsprechend erfüllen zu können, erfolgt eine Datenspeicherung nur insoweit als dies auf Ihre Beauftragung hin und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a,b,f DS-für die Erfüllung erforderlich ist. Die Daten werden nicht für weitere Zwecke verwendet oder an Dritte weitergegeben. Falls dies notwendig wäre, bitten wir Sie um die entsprechende Einwilligung. Bei diesen Daten handelt es sich unter anderem um:

- Namensdaten
- Adressdaten, sowie E-Mail Kontakt und Telefondaten
- Steuer-Identifikationsnummer/Steuernummer und weitere Ihnen von Finanzämtern und Behörden zugeteilte Identitätsnummern
- sowie Informationen, die für die
 - Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats
 - Bearbeitung Ihres Auftrags (Buchhaltung, Lohnbuchhaltung, Erstellung von Steuererklärungen, Jahresabschlüssen, Wirtschaftsprüfung, etc.) notwendig sind

3. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Mit jeder Geschäftsbeziehung geht die Verarbeitung von personenbezogenen Daten einher und somit auch die Weitergabe Ihrer Daten an unterschiedliche Empfänger. Nachstehend können Sie sich darüber informieren.

Interne Empfänger:

Abteilungen der Kanzlei, die mit Verarbeitungstätigkeiten bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis und weiterem beauftragt sind, erhalten zur Wahrung berechtigter Interessen der Kanzlei die entsprechenden Daten. Alle Mitarbeiter sind entsprechend der DS-GVO geschult und sensibilisiert, sowie zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Weitere interne Empfänger kann unsere Beratungsstelle Neustadt/Aisch sein. Hier erhalten die entsprechenden Ansprechpartner und Abteilungen notwendige Daten, die zur Erfüllung von Verträgen, Aufträgen und Prozessen im Unternehmen benötigt werden.

Externe Empfänger:

Bei der Verarbeitung Ihrer Daten können auch externe Empfänger eingebunden werden oder erhalten auf Grund Ihrer Arbeit Einblick in Ihre Daten. Dabei können wir folgende Empfänger unterscheiden:

- Geschäftspartner – für einzelne Tätigkeiten greifen wir auf Geschäftspartner zurück, die in einem Vertragsverhältnis zur Kanzlei stehen.
- Dienstleister – zur Erfüllung von Geschäftsprozessen greifen wir auf Dienstleister zurück, die auf das Datengeheimnis verpflichtet sind. Dazu gehören unter anderem IT-Dienstleister, Handwerksunternehmen, usw.
- Behörden und Institutionen – wir sind gesetzlich verpflichtet vereinzelte Daten weiterzugeben. Hierzu gehören vor allem Gerichte, Finanzamt, Bank, usw.

4. Dauer der Datenspeicherung

Die Speicherung der Daten und der damit verbunden Löschrufen ist abhängig von der Geschäftsbeziehung, sowie der Art der Daten. Eine Vielzahl der personenbezogenen Daten unterliegen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, sowie weiteren gesetzlichen Richtlinien und können erst nach Beendigung der Fristen gelöscht werden.

Personenbezogene Daten zu Mandanten werden entsprechend gesetzlicher Aufbewahrungspflichten und dem Interesse der Kanzlei gespeichert. Ebenfalls werden Daten zu Geschäftspartnern und Dienstleistern konform der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten aufbewahrt.

5. Betroffenenrechte

Im Zuge der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (Art. 12 ff. DS-GVO), sowie gemäß dem deutschen Bundesdatenschutzgesetz (§§ 32 ff. BDSG), gelten folgende Betroffenenrechte:

- Auskunftsrecht

Sie können unter der oben genannten Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Der Auskunftsanspruch umfasst zudem Angaben darüber, an wen die Daten weitergegeben wurden und zu welchem Zweck. Wenden Sie sich bitte hierzu schriftlich an die oben genannte Adresse.

- **Recht auf Berichtigung, Sperrung und Löschung**

Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Bestehen allerdings Aufbewahrungspflichten, nach handels- oder steuerrechtlichen Vorschriften, tritt an die Stelle der Löschung die Sperrung der Daten. Wenden Sie sich bitte hierzu schriftlich an die oben genannte Adresse.

- **Widerrufs- und Widerspruchsrecht**

Sie haben das Recht einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, sowie bereits getätigte Einwilligungen zu widerrufen. Wenden Sie sich bitte hierzu schriftlich an die oben genannte Adresse.

- **Recht auf Einschränkung in die Datenverarbeitung**

Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Hierzu können Sie sich jederzeit unter die hier oben genannte Adresse wenden.

- **Weitere Rechte finden Sie in den entsprechenden Gesetzestexten.**

6. Beschwerderecht

Gemäß Art. 77 DS-GVO haben Sie die Möglichkeit sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für Sie zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde finden Sie unter folgendem Link:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html

7. Datenübermittlung in ein Drittland

Personenbezogene Daten an Empfänger außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) werden nicht übermittelt. Sollte dies doch notwendig sein, werden die entsprechenden Betroffenen hierüber vorab informiert.

8. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) wird nicht angewendet.